

BESCHLUSS

Handwerker gehen ab sofort getrennte Wege

Fusion wird wieder rückgängig gemacht.

VON MARKUS WAGNER

KLIEKEN/MZ - Die Innungen in Dessau-Roßlau und Wittenberg gehen nun doch getrennte Wege. In nur sieben Minuten hat gestern die Mitgliederversammlung der Kreishandwerkerschaft Dessau-Roßlau/Wittenberg unter Ausschluss der Öffentlichkeit beschlossen, die 2007 erfolgte Fusion rückgängig zu machen.

Innungsgemeinschaft übernimmt

Laut Kreishandwerksmeister Karl Krökel hatte schon davor die Tischlerinnung ihren Austritt erklärt. Also sollen - rückwirkend zum 31. Dezember - neun Innungen die Dessauer und acht die Wittenberger Handwerkerschaft bilden. Bis die Refusion genehmigt ist, wird in der Lutherstadt eine Innungsgemeinschaft die Aufgaben der Kreishandwerkerschaft übernehmen. Das Vermögen der bisherigen Organisation wird nach den Mitgliederzahlen auf die beiden neuen Institutionen aufgeteilt. Voraussetzung ist allerdings die Genehmigung der Rechtsaufsicht.

Krökel betonte gestern, dass die Versammlung mit dem Wirtschaftsministerium vorbereitet worden sei. Bislang galt vor allem die Frage, ob die refusionierten Einheiten wirtschaftlich überlebensfähig sind, als größter Hinderungsgrund. „Wir werden versuchen, die Kammer davon zu überzeugen, dass wir es allein schaffen“, hieß es gestern von den Wittenberger Innungsobermeistern. Der Hauptgeschäftsführer der zuständigen Handwerkskammer Halle, Jürgen Rogahn, hatte aber bereits bei der letzten Sitzung angedeutet, dass eine Zustimmung zur Trennung unwahrscheinlich sei.

Die Wittenberger Obermeister hatten noch im November die vom Vorstand angebotene Refusion abgelehnt und stattdessen ein Abwahlverfahren gefordert. „Wir sind nicht zu dem gedachten Ergebnis gekommen“, sagte Dietmar Hartung, Obermeister der Wittenberger Friseurinnung, gestern. Also habe man diese Lösung gefunden.

Wittenberger Büro war Streitzünder

Entzündet hatte sich der Streit in der Handwerkerschaft zuletzt an der Schließung des Büros im Wittenberger Haus des Handwerks. Einige Innungsobermeister werfen Krökel zudem dessen Engagement im „Bundesverband für freie Kammern“ vor. Der Verband kämpft gegen die Pflichtmitgliedschaft in der Handwerkskammer. Krökel soll dabei politische Statements abgegeben haben, die mit den Mitgliedern nicht abgesprochen gewesen seien. Einen Rücktritt hatte Krökel immer abgelehnt.